

fes weiter Kreise der Gesellschaft um einen dauerhaften Frieden.

In der Stellungnahme des Politbüros des Zentralkomitees unserer Partei heißt es dazu:

„Auf der Berliner Konferenz wurde auf den engen organischen Zusammenhang zwischen dem Kampf um Entspannung und Frieden und den Erfordernissen des weiteren sozialen Fortschritts der Völker hingewiesen. Die Festigung des Friedens und der Sicherheit schafft günstige Voraussetzungen für die volle Entfaltung aller Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft, für den Kampf der Werktätigen gegen die Ausbeuterpolitik des Monopolkapitals, gegen alle reaktionären und faschistischen Tendenzen, für die Verwirklichung des nationalen und sozialen Selbstbestimmungsrechts eines jeden Volkes.“

Die Wandlungen im heutigen Europa vollziehen sich vor dem Hintergrund der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die zunehmend auch die politischen und moralischen Bereiche der kapitalistischen Gesellschaft erfaßt. Klarer denn je ist zu erkennen, daß der Imperialismus nicht länger in der Lage ist, das Schicksal Europas zu bestimmen. Heute gewinnen die Volksmassen zusehends die Überzeugung, daß der Kapitalismus eine Gesellschaft ohne Zukunft ist.

Das Dokument der Berliner Konferenz hebt die herausragende Rolle der sozialistischen Länder bei der Verhütung eines neuen Weltkrieges und bei der Festigung der internationalen Sicherheit hervor.

Ein enges Wechselverhältnis — so wird in dem gemeinsamen Dokument festgestellt — besteht auch zwi-

schen dem Kampf um den Frieden und dem Kampf für den sozialen Fortschritt. Die Anerkennung des territorialen Status quo in der Schlußakte von Helsinki umfaßt keine Garantie für die Verewigung des kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems. Das kann auch gar nicht anders sein, weil die Gestaltung der sozialen Verhältnisse eine Angelegenheit ist über die die einzelnen Völker selbst entscheiden. Doch darf man nicht übersehen, daß die friedliche Koexistenz den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern günstigere Kampfbedingungen für die demokratische und sozialistische Umgestaltung schafft.

Die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas hat — und das war der tiefe Sinn der Beratung — die Hauptaufgaben des Kampfes um Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt formuliert, die die Kommunisten Europas gemeinsam zu lösen haben, wobei sie sich mit den anderen demokratischen Kräften verbünden. Auch unsere Partei wird für die gemeinsam beschlossenen Ziele kämpfen und ihre internationalistische Pflicht erfüllen, wie das in den Beschlüssen des IX. Parteitages festgelegt wurde. In der Politik unserer Partei ist Nationales und Internationales aufs engste verbunden. Sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus bilden in unserer politischen Praxis eine Einheit. Genosse Erich Honecker hat das im Bericht des Zentralkomitees an den IX. Parteitag in folgende Worte gekleidet:

„Alles, was wir für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der DDR tun, das tun wir zugleich für die weitere Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft und der revolutionären Weltbewegung.“

Prof. Dr. sc. ERICH BUCHHOLZ, Sektion Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin, Vorsitzender des Beirats für Staats- und Rechtswissenschaft beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen

Die Bedeutung des IX. Parteitages der SED und des XXV. Parteitages der KPdSU für die Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

Die marxistisch-leninistische Staats- und Rechtswissenschaft hat als Bestandteil der Gesellschaftswissenschaften in den Reden und Dokumenten sowohl des IX. Parteitages der SED als auch des XXV. Parteitages der KPdSU eine außerordentlich hohe Wertschätzung erfahren. Das ist objektiv durch die gesellschaftliche Entwicklung und die gesellschaftlichen Erfordernisse begründet; denn die marxistisch-leninistische Staats- und Rechtswissenschaft ist wie nie zuvor Gegenstand eines wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnisses.

Erstens wächst ihre Bedeutung als Wissenschaft. Da wir mit der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zugleich die grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus schaffen, werden in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens langfristig-weitsichtige wissenschaftliche Vorausschau, Blick für Perspektive und wissenschaftlich begründete Arbeitsweise in steigendem Maße unabdingbare Notwendigkeit. „Für die schrittweise Realisierung der im Programm der Partei weit gesteckten Ziele ... spielt der Bereich der Wissenschaft und Bildung eine hervorragende Rolle. Deshalb muß gerade hier auf eine langfristig orientierte Arbeit Wert gelegt werden.“^{/1/}

Von der Wissenschaft, deren Förderung die Partei zu ihren wichtigsten Aufgaben zählt, wird erwartet, daß sie „einen ständig wachsenden Beitrag zur planmäßigen Vervollkommnung der Produktion und zur Entwicklung des materiellen und geistig-kulturellen Lebens aller

Werktätigen“ leistet.^{/2/} Anliegen der Gesellschaftswissenschaften ist es, auf Grund der Erforschung der Gesetzmäßigkeiten und Erfordernisse der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus Varianten und Lösungswege für neue und heranreifende gesellschaftliche Aufgaben zu erarbeiten.^{/3/} Denn: „Nichts ist besser für die Praxis als eine gute Theorie.“^{/4/} Dazu gehört — auch in den Gesellschaftswissenschaften —, die Einheit von Grundlagenforschung und angewandter Forschung stärker zu entwickeln.

Die theoretische Arbeit der Staats- und Rechtswissenschaftler muß der Ausarbeitung der Strategie und Taktik der Partei, der wissenschaftlichen Leitung der Gesellschaft, der Entwicklung des Bewußtseins und des geistigen Lebens sowie der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus dienen. Mit dieser Forderung sind zugleich Maßstäbe für unsere künftige wissenschaftliche Arbeit gesetzt.

Zweitens resultiert die wachsende Bedeutung der Staats- und Rechtswissenschaft aus ihrem Gegenstand: nämlich aus der weiteren allseitigen Stärkung des sozialistischen Staates als einer Form der Diktatur des Proletariats und aus der weiteren Vervollkommnung des sozialistischen Rechts. Diese Entwicklungsprozesse von Staat und Recht sind notwendige Bedingungen der Verwirklichung der historischen Aufgaben, die wir uns mit dem IX. Parteitag gestellt haben.

^{/2/} Programm der SED, Berlin 1976, S. 45.

^{/3/} Vgl. Programm der SED, S. 47.

^{/4/} L. I. Breshnew, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Berlin 1976, S. 59.

^{/1/} E. Honecker, Bericht des Zentralkomitees der SED an den IX. Parteitag der SED, Berlin 1976, S. 96.